V-33 Don’t Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Don’t Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat

Der Gesellschaftsvertrag zwischen jungen Menschen und dem Staat ist brüchig geworden.

Die Folge ist Perspektivlosigkeit, besonders abseits der Großstädte. Der Lebensentwurf, auf den sich so viele Generationen verlassen konnten, trägt nicht mehr: Schule machen, eine Ausbildung oder ein Studium abschließen, einen guten Job finden und sich etwas aufbauen. Damit schwindet das Vertrauen in Staat, Demokratie, aber auch in sich selbst und sein Umfeld. Wer immer wieder erlebt, dass die eigene Anstrengung nichts verändert, verliert die Überzeugung, das eigene Leben selbst gestalten zu können. Doch genau diese Selbstwirksamkeit ist die Grundlage für Zuversicht und für eine lebendige Demokratie. Während die einen das Land verlassen, verlassen die anderen die Diskursräume. Sie ziehen sich zurück und kehren dem Land innerlich den Rücken.

Dabei gab es einmal ein Versprechen: Unsere Kinder sollen es mal besser haben. Das ist kein Slogan einer politischen Couleur. Es ist ein Versprechen der Freiheit, das dieses Land jeder und jedem gegeben hat. Wer sich auf den Weg macht, kann es schaffen.

Als Bündnis 90/Die Grünen sind wir uns einig: Es soll nicht darauf ankommen, woher du kommst, sondern wohin du willst. Damit das wieder für alle gilt, braucht es einen fairen Rahmen, in dem junge Menschen frei starten können und nicht gestoppt werden. Don’t stop me now.

Dafür machen wir fünf konkrete Vorschläge.

1. Mitreden statt abwarten: Jugendbeteiligung verbindlich machen

Jugendräte sind die Werkstätte der Demokratie. Sie sichern jungen Menschen eine starke und verbindliche Vertretung in demokratischen Prozessen. Statt des bisherigen Flickenteppichs aus Beteiligungsformaten wollen wir das Pilotprojekt der Jugendräte bundesweit starten und dann auch verstetigen. Beispielsweise zeigt der Landesjugendbeirat in Baden-Württemberg, dass Jugendbeteiligung nicht nur auf kommunaler Ebene passieren kann, sondern auf allen Ebenen des demokratischen Prozesses. Junge Menschen verdienen Einfluss und Mitspracherecht auch auf Landes- und Bundesebene, daher wollen wir dieses Modell ausweiten.

Demokratie ist spannend, weil man selbst etwas verändern kann. Für diese Selbstwirksamkeit und Wirkmacht braucht es aber den notwendigen Rahmen: Jugendräte brauchen Antrags-, Anhörungs- und Rederechte in den Gremien auf allen Ebenen und ein eigenes Budget, über das sie selbst entscheiden können. Wir wollen nicht nur dabei sitzen, sondern auch mitmischen. Ebenso ist es wichtig, dass junge Menschen nicht nur zu vermeintlich „jugendspezifischen“ Themen

gefragt werden. Alle Themen sind Jugendthemen, denn es gibt kein Thema, das uns über kurz oder lang nicht betrifft. Denn auch Jugendliche werden älter.

2. Mit Sprache gegen den Bildungsabgrund – von der Kita bis zur Gründung

Die Chancenermöglichung zur freien Entfaltung und Verwirklichung gerade junger Menschen ist ein tiefgreifendes Anliegen unserer Partei. Sie ist der Schlüssel zu mittel- und langfristigem Wohlstand. Ihre Gewährleistung ist daher essentiell.

Sprache sehen wir hierbei als Schlüssel zu unserer Gesellschaft an, folgerichtig ist der Spracherwerb von allen Kindern die Grundlage für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben. Doch genau an dieser wichtigen Grundkompetenz versagt unser Bildungssystem gerade. Die PISA-Erhebung 2026 attestiert hier ein historisch tiefes Niveau, wobei ein Drittel der 15-Jährigen das Basis-Niveau im Lesen unterschreitet. Gleichzeitig sinken die Spitzen-Niveaus auf unter 10 % der Schüler*innen. Und selbst Universitäten beklagen zunehmend sinkende Kompetenzen beim Textverständnis.

PISA-Schock 2.0?

Die große Diskussion über das deutsche Bildungssystem und seine Zukunft bleibt jedoch aus. Vielleicht auch, weil viele Probleme seit Jahren bekannt sind, aber nicht angegangen werden. Wir wollen nicht resignieren und sehen eine entscheidende Lösung in der Förderung des Spracherwerbs und somit auch der Sprachkompetenzen. In wenigen Ländern der EU hängt der Bildungserfolg mehr von der eigenen Herkunft ab als in Deutschland. Vor allen Dingen Kinder mit Migrationshintergrund und aus einkommensschwachen Familien schneiden bei den Sprachkompetenzen immer schlechter ab. Es ist dabei unsere Pflicht als Gesellschaft, besonders für diese Kinder das Aufstiegsversprechen endlich einzulösen.

Chancen ermöglichen durch frühe Sprachförderung

Wir fordern bundesweit vergleichbare und verbindliche Standards bei den Sprachtests in den Ländern. Genauso wichtig ist, dass es ein verpflichtendes Förderangebot für Kinder gibt, die die Mindeststandards unterschreiten. Am Beispiel Hamburgs zeigt sich, dass so ein Großteil der Kinder bis zum Grundschulstart ein schulfähiges Sprachniveau erreicht. Dort werden im Bildungsmonitor gute Ergebnisse erzielt. Dass sich Sprachförderung an Schulen auszahlt, zeigt sich auch im Ausland am „Mississippi Miracle“.

Doch diese Sprachförderung darf nicht mit dem Eintritt in die Grundschule enden. Zunächst muss die Übergangsphase – vor allen Dingen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf – besonders weich gestaltet werden. Gewährleistet werden kann dies unter anderem durch ein digitales Datenmanagement, in dem Kita-Personal und Grundschullehrkräfte auf Testergebnisse und Fördergutachten sowie persönliche Beurteilungen datenschutzkonform zugreifen können. Bereits ermittelte Bedarfe können so nicht verloren gehen.

Wichtig ist, dass qualifiziertes Personal die Schüler*innen in den Grundkompetenzen und im Umgang mit KI bis zu ihrem Schulabschluss bedarfsgerecht unterstützt. Auch über den klassischen Kernunterricht hinaus. Die Nachmittagsbetreuung soll besonders in den weiterführenden Schulen ausgebaut werden. Deswegen schlagen wir eine Qualitätsoffensive Hort vor, die

Schüler*innen nicht nur betreut. Der Fokus soll hier ganz klar auf der Förderung und Einübung der Grundkompetenzen und der Zukunftskompetenzen liegen und über die „klassische Hausaufgabenbetreuung“ hinausgehen. Vereine sollen dabei aktiv eingeladen werden und bekommen die Möglichkeit, durch (Sport-)Angebote Gemeinschaft zu stiften und Nachwuchs zu gewinnen.

Erfolg ermöglichen durch ein Gründungs-BAföG

Ein solcher Ermöglichungsgedanke soll auch einer späteren Erleichterung bei Gründungen zugutekommen.

Wir fordern daher die Einführung eines Gründungs-BAföGs für alle jungen Menschen bis zum 27. Lebensjahr. Damit wollen wir die Gründung stärker von der finanziellen Situation des Elternhauses und privater Rücklagen entkoppeln und jungen Menschen den Schritt von der Hochschule oder Ausbildung in die Selbstständigkeit erleichtern. Diese Förderung soll mit niederschwelliger unternehmerischer Qualifizierung und Beratung verbunden werden. Grundsätzlich soll sie aus einem Zuschuss und einem individuell errechneten, einkommensabhängig rückzahlbaren, zinslosen Darlehen bestehen.

Dadurch soll der von Mieten und anderen persönlichen Faktoren abhängige Lebensunterhalt von Gründer*innen abgesichert werden, ohne diese durch zu hohe Schulden zu belasten. Bestehende Instrumente wie z. B. EXIST oder die KfW-Gründungsförderung sollen dabei nicht ersetzt, sondern um die bislang unzureichend abgesicherte persönliche Gründungsphase, unter Beachtung der Lebenshaltungskosten, erweitert werden. So stärken wir Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft und schaffen eine vielfältigere Gründungs- und Unternehmenskultur.

3. Ein Staat, der einfach funktioniert: Leistungen einfach und automatisch

Vertrauen in unsere Demokratie und den Staat ist keine Selbstverständlichkeit. Jungen Menschen, die in kaputt gesparten Schulen lernen, mit Sorge auf den Arbeitsmarkt blicken und immer mehr für die Gesellschaft leisten müssen, können wir Begeisterung für Institutionen nicht einfach vorschreiben. Wir müssen sie wecken.

Deswegen wollen wir einen Staat, der einfach funktioniert und jungen Menschen das Leben einfacher macht.Staatliche Leistungen und Informationen müssen bei allen ankommen. Wir setzen auf einen proaktiven Staat, in dem Bürger*innen nicht suchen und beantragen müssen, sondern direkt erfahren, welche Angebote ihnen zur Verfügung stehen. Unser langfristiges Ziel ist: Wo ein Anspruch eindeutig feststeht, wird die Leistung automatisch ausgezahlt. Wo noch Angaben fehlen, weist der Staat selbst auf Lücken hin und fragt nur das ab, was wirklich noch benötigt wird. Dafür legen wir eine digitale Basis, mit einem einheitlichen Behörden-Konto, vernetzten Registern und interoperablen technischen Systemen in jedem Bundesland.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen dürfen komplizierte Verfahren nicht dazu führen, dass Eltern die zustehenden Leistungen nicht kennen oder beantragen. Beispielsweise beim Bildungs- und Teilhabepaket zeigt sich heute, dass Unterstützungen für Schulmaterial, Mittagessen und Klassenfahrten oft nicht bei Kindern ankommen, die sie brauchen. Mit proaktiven Leistungen lösen wir dieses Problem.

Bis dieses Ziel erreicht ist, dürfen wir nicht untätig bleiben. Solange staatliche Systeme komplex und unbekannt sind, muss der Staat junge Menschen beim Übergang ins selbstständige Leben begleiten. Wir bieten jungen Menschen mehr als nur eine Einladung zur Musterung!

Dafür setzen wir auf ein „Startpaket“ für junge Menschen, die in eine neue Lebensphase eintreten. Kurz vor dem Schulabschluss oder zum 18. Geburtstag meldet sich der Staat und zeigt, was er bietet und worauf es jetzt ankommt. Was ändert sich für mich als eigenständige Person? Welche Entscheidungen kann ich treffen? Zum Beispiel bezüglich Steuern, Krankenversicherung und Rente?

Ansprüche, etwa auf BAföG, Wohngeld und Kindergeld-Fortzahlung, müssen sichtbar gemacht werden und mit wenigen Klicks beantragt werden können. So verlaufen auch Programme wie die Frühstartrente und das neue Altersvorsorgedepot nicht ins Leere, sondern kommen von Anfang an bei jungen Menschen an.

Langfristig muss das Ziel sein, dass solche Hilfestellungen immer weniger nötig werden, weil Leistungen automatisch ankommen oder Verfahren so einfach sind, dass sie ohne besondere Vorkenntnisse funktionieren. Staatsmodernisierung ist dann mehr als bloß Digitalisierung. Sie ist die Chance, gerade jungen Menschen wieder das Gefühl zu geben: Unser Staat funktioniert. Er ist handlungsfähig. Er arbeitet. Das stärkt Chancengerechtigkeit und Vertrauen in unsere Demokratie.

4. Starke Orte – Kommunen, Ehrenamt und Mobilität im ländlichen Raum

Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt bewähren sich vor Ort. Damit junge Menschen Bleibeperspektiven entwickeln und ihre Heimat aktiv mitgestalten können, brauchen wir handlungsfähige Städte, Gemeinden und ländliche Räume in Ost und West. Gleichwertige Lebensverhältnisse entstehen nicht durch Lippenbekenntnisse, sondern durch eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene. Wir fordern die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, bezahlt. Vom Bund beschlossene Sozialleistungen, wie etwa die Hilfe zur Pflege, müssen vollständig vom Bund ausgeglichen werden, anstatt die kommunalen Haushalte zu erdrücken. Ein Mangel an Finanzmitteln darf nicht länger dazu führen, dass freiwillige Leistungen für die Jugend als Erstes dem Sparzwang zum Opfer fallen. Angebote für Jugendliche sind kein Luxusgut, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr und Jugendverbände sind zentrale Orte, an denen Gemeinschaft und Demokratie über soziale Schichten und politische Grenzen hinweg entstehen. Häufig fehlt es Vereinen jedoch schlicht an geeigneten Räumen für ihre Treffen, Proben und Aktivitäten. Genauso fehlt es jungen Menschen häufig an offenen Orten, wo sie ungezwungen und ohne direkte Vereinsbindung zusammenkommen können. Wir fordern daher, dass jede Kommune, jedes Dorf und jeder Stadtteil mindestens einen Raum zur Verfügung stellt, der sowohl örtlichen Vereinen als auch offenen Jugendtreffs verlässlich offensteht. Jugendclubs müssen gezielt gefördert, regionale Netzwerke aufgebaut, hauptamtliche Ansprechpersonen pro Region finanziert und direkte Unterstützung für Projekte sowie Anschaffungen bereitgestellt werden.

Zur Erhöhung der Sichtbarkeit aller Angebote etablieren wir eine kommunale Vereins-Roadmap: Neueinwohner*innen erhalten bei einem Umzug Infomaterial über alle Vereine und Mitmachmöglichkeiten, Angebote werden gezielt in Schulen vorgestellt und beworben, Übersichtskarten erstellt und Handlungsempfehlungen an

Kommunen weitergegeben. Zudem fördern wir vielfältige Vereinsangebote auf dem Land, die gerade auch für junge Frauen attraktiv gestaltet sind.

All diese Treffpunkte entfalten ihre Wirkung jedoch nur, wenn sie für alle Interessierten einfach, sicher und preiswert erreichbar sind. Wir bauen die Mobilität im ländlichen Raum deshalb spürbar aus: Vereins- und Freizeitorte müssen verlässlich an den ÖPNV angebunden werden, um Wegehürden abzubauen. Da das Vereinsleben und jugendliche Treffen nicht um 18 Uhr enden, braucht es insbesondere am Abend und an den Wochenenden ein dichtes Netz an flexiblen Mobilitätsangeboten. Durch den gezielten Einsatz von Anrufsammeltaxis und Rufbussen garantieren wir, dass junge Menschen auch zu späten Zeiten und aus kleineren Ortsteilen unkompliziert, günstig und sicher zu ihren Treffen und wieder nach Hause gelangen.

5. Startchancen: Aufstieg darf nicht am Geld scheitern

Gute Startchancen dürfen nicht davon abhängen, wie viel die Eltern verdienen oder wo jemand aufwächst. Egal, wo jemand herkommt und wo jemand lebt: Alle Menschen sollen die Chance haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Das ist echte Freiheit und Gerechtigkeit.

Das beginnt bei der Bildung: Alle Kinder sollen schon vor der Schule ein gutes Deutsch sprechen können. Wir wollen Schulen zu Orten machen, an denen man sich wohlfühlt, zu denen man gerne hingeht und in denen man gerne lernt. Schulabschlüsse und Prüfungen müssen vergleichbarer sein. Auch bei der Zulassung zu Hochschulen müssen transparente, einheitliche und verlässliche Voraussetzungen gelten.

Aufstieg darf nicht am Geld scheitern. Dafür wollen wir die finanzielle Unabhängigkeit junger Menschen stärken. Es muss machbar sein, zu studieren, eine Ausbildung zu machen oder sich selbstständig zu machen. Deshalb wollen wir das BAföG konsequent weiterentwickeln. Die Wohnkostenpauschale muss sich an den tatsächlichen Mieten vor Ort orientieren, denn Ausbildung und Studium dürfen nicht an den Lebenshaltungskosten vor Ort scheitern. Auch Großstädte müssen für junge Menschen bezahlbar bleiben.

Wer ins Berufsleben startet, muss spüren, dass sich Arbeit lohnt. Doch gerade am Anfang bleibt vom Brutto oft wenig Netto übrig, während die Kosten für die erste Wohnung, Mobilität und den Aufbau eines eigenen Lebens hoch sind. Mit der Aktivrente belohnt der Staat das Arbeiten im Rentenalter steuerlich. Das muss erst recht für den Start ins Berufsleben gelten. Deshalb wollen wir den Aktivstart: einen zusätzlichenSteuerfreibetrag für junge Menschenin den ersten Jahren ihres Berufslebens. So haben sie mehr Netto vom Brutto und können sich früh etwas Eigenes aufbauen.

Zudem wollen wir die Vielfalt der Berufsausbildungen, vor allem im ländlichen Raum, stärken. Oft bestimmt der Wohnort über den Ausbildungsplatz. Das darf so nicht bleiben. Durch einen gezielten Ausbau des ÖPNV können wir sicherstellen, dass es jungen Menschen besser möglich ist, unterschiedliche Berufe zu erlernen.

Starker Start, smarter Staat

Der Staat kann mit einem Startpaket zum 18. Geburtstag den Übergang ins Erwachsenenleben einfacher machen. Junge Menschen werden darüber informiert, welche Ansprüche sie haben, welche Unterstützung ihnen offensteht und wie sie

diese über einen niedrigschwelligen, digitalen Zugang beantragen können. Zudem muss auch sichergestellt werden, dass solche Angebote unbürokratischer und schneller bei den jungen Menschen ankommen. Lange Bearbeitungszeiten rauben Nerven und können ausbremsen, bevor es überhaupt losgeht.

Wir wollen gut ausgestattete Schulen überall und Jugendräte, damit wirklich alle mitbestimmen können. Auch wollen wir mehr Investitionen in den Kommunen, die das Leben vor Ort verbessern. Dadurch schaffen wir ein besseres Klima vor Ort und verringern das Gefühl des Abgehängt-Seins, vor allem in ländlichen Regionen.

So erneuern wir den Anspruch, den junge Menschen zu Recht an Staat und Gesellschaft haben: Es kommt nicht darauf an, woher man kommt, sondern wohin man will. Herkunft und Wohnort sollen nicht darüber entscheiden, welche Möglichkeiten jemand im Leben hat. Deutschland soll jeder und jedem ein einfaches Versprechen für den Start geben: Don’t stop me now.

Einfache Sprache

Don’t Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat

Viele junge Menschen sehen keine Zukunft mehr für sich. Früher galt: Schule, Ausbildung oder Studium, guter Job. Heute klappt das oft nicht mehr. Wer immer wieder merkt, dass Anstrengung nichts bringt, gibt irgendwann auf. Manche verlassen das Land, andere ziehen sich zurück. Dabei gab es ein Versprechen: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Dieses Versprechen gilt für alle. Wir Grüne sagen: Es soll egal sein, woher du kommst. Wichtig ist, wohin du willst. Dafür machen wir fünf Vorschläge.

1. Mitreden statt abwarten
Junge Menschen sollen in der Politik mitbestimmen, in der Gemeinde, im Land und im Bund. Darum wollen wir überall Jugendräte, nach dem Vorbild von Baden-Württemberg. Jugendräte sollen Anträge stellen, angehört werden, reden dürfen und eigenes Geld haben. Junge Menschen sollen bei allen Themen gefragt werden, denn alle Themen betreffen uns.

2. Gute Bildung – von der Kita bis zur eigenen Firma
Viele Kinder können nicht gut lesen. Das zeigt die PISA-Studie. Ob ein Kind in der Schule gut ist, hängt in Deutschland stark von den Eltern ab. Das wollen wir ändern.
Sprache lernen: Alle Kinder machen vor der Schule einen Sprachtest, überall nach den gleichen Regeln. Wer Hilfe braucht, bekommt Förderung. Hamburg zeigt, dass das funktioniert.
Hilfe in der Schule: Die Förderung geht in der Schule weiter. Kita und Schule sprechen sich ab. Fachkräfte helfen beim Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Umgang mit KI, auch am Nachmittag. Vereine können mitmachen, zum Beispiel mit Sport.
Gründungs-BAföG: Wer bis 27 Jahre alt ist und eine Firma gründet, bekommt Geld vom Staat. Einen Teil muss man nicht zurückzahlen, den Rest zahlt man ohne Zinsen zurück, wenn man genug verdient. Dazu gibt es Beratung.

3. Ein Staat, der einfach funktioniert
Hilfen vom Staat kommen oft nicht an, weil Anträge zu kompliziert sind oder die Menschen sie nicht kennen. Darum soll sich der Staat von selbst melden. Wer ein

Recht auf Hilfe hat, bekommt sie automatisch. Alles geht digital über ein Konto.
Startpaket: Zum 18. Geburtstag meldet sich der Staat. Er erklärt, was sich jetzt ändert, zum Beispiel bei Steuern, Krankenversicherung und Rente. Und er zeigt, welche Hilfen es gibt, etwa BAföG oder Wohngeld. Beantragen geht mit wenigen Klicks. So merken junge Menschen: Der Staat arbeitet für mich.

4. Starke Orte – auch auf dem Land
Junge Menschen sollen gern in ihrer Heimat bleiben. Dafür brauchen Gemeinden genug Geld. Unsere Regel: Wer etwas bestellt, muss es bezahlen, auch der Bund.
Bei Angeboten für Jugendliche darf nicht zuerst gespart werden.
Räume für alle: Jeder Ort soll einen Raum für Vereine und Jugendtreffs haben.
Jugendclubs bekommen mehr Geld. Neue Einwohner*innen erfahren, welche Vereine es gibt.
Mobilität: Junge Menschen müssen auch abends und am Wochenende zu ihren Treffen kommen. Darum wollen wir mehr Busse auf dem Land, Rufbusse und Sammeltaxis.

5. Geld darf kein Hindernis sein
Ob man studiert oder eine Ausbildung macht, darf nicht vom Geld der Eltern abhängen.
Bildung: Schulen sollen Orte sein, an denen man gern lernt. Abschlüsse sollen überall vergleichbar sein, für die Uni gelten klare Regeln.
BAföG: Das Geld für die Miete soll zu den echten Mieten passen, auch in Großstädten.
Aktivstart: Rentner*innen, die weiterarbeiten, zahlen weniger Steuern. Das soll auch für junge Menschen am Anfang des Berufslebens gelten. So bleibt mehr Geld übrig.
Ausbildung auf dem Land: Mit mehr Bus und Bahn kommen junge Menschen zu mehr Ausbildungsplätzen.

Starker Start, smarter Staat
Wir wollen gute Schulen überall, Jugendräte für alle, mehr Geld für die Gemeinden und Hilfen, die schnell und einfach ankommen. Denn es soll egal sein, woher man kommt. Wichtig ist, wohin man will. Deutschland soll allen jungen Menschen ein Versprechen geben: Don’t stop me now.

Begründung

Geht aus dem Antragstext hervor.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow); Chantal Kopf (KV Freiburg); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz); Elisabeth Schilli (KV Ortenau); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christian König (KV Garmisch-Partenkirchen); Elias Enderlein (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Louise Carnot (KV Leipzig); Felix Leander Droop (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Can Aru (KV Berlin-Pankow); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); sowie 147 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.